

Energiewende mit Marktwirtschaft

Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, die deutsche Energiewende zu einem globalen Vorbild für eine saubere, kostengünstige und sichere Energieversorgung zu machen und andere Länder zur Nachahmung zu ermutigen. Blühende Landschaften werden in Aussicht gestellt, die nicht nur dem weltweiten Klima, sondern auch der eigenen Volkswirtschaft zugutekommen sollen. Vorbildcharakter wird die Energiewende schließlich nur dann besitzen, wenn die Kosten aus dem staatlich verordneten Umbau des Energiesektors den Nutzen nicht übersteigen. Seit längerem zeichnet sich hingegen ab, dass dieses Planspiel mittelfristig misslingen wird. Statt auf mehr Markt und Wettbewerb zu setzen, widmet sich die Politik lieber kleinteiligen Vorschriften und großzügigen Subventionen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das trotz der jüngsten Überarbeitung weiteren Reformbedarf aufzeigt, verdeutlicht das Dilemma des derzeitigen Energiewendekonzepts. Über 4.000 staatlich festgelegte Fördersätze für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben dazu geführt, dass die Kosten der Energiewende für den Verbraucher auf mittlerweile über 20 Mrd. EUR im Jahr angestiegen sind. Die zu zahlende EEG-Umlage hat sich seit dem Jahr 2000 von 0,20 auf 6,17 Cent pro Kilowattstunde (kWh) mehr als verdreifacht. Ein Familienhaushalt mit einem Energiebedarf von 3.500 kWh im Jahr muss nunmehr statt anfänglichen 8 EUR rund 250 EUR zusätzlich bezahlen – und dies trotz stark fallender Strompreise auf dem Spotmarkt. Da der Staat ungeachtet dessen eine Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaik-Anlagen für 20 Jahre garantiert, muss der Steuerzahler selbst bei einem sofortigen Stopp der EEG-Förderungen mittelfristig noch mehrere hundert Mrd. EUR nachzahlen. Die preislich festgesetzte Abnahmegarantie forciert darüber hinaus eine Vollkasko-Mentalität in der Produk-

tion. Anreize zu Investitionen in Speichermöglichkeiten und in den Ausbau der Netze bleiben aus. Unterdessen entstehen zusätzliche Entsorgungsggebühren für den zu viel produzierten, subventionierten Strom.

Da ein Großteil der Industrie von der EEG-Umlage nicht ausgenommen ist, droht der Investitionsstandort Deutschland für Unternehmen unattraktiver zu werden. Fehlende Speicherkapazitäten und Netze sowie eine tendenziell höhere Fluktuation in der Energieversorgung führen zu Investitionsunsicherheiten. Der jüngste Vorstoß aus Berlin, Braunkohlekraftwerke mit einer Klimaabgabe zu belegen, wird das Vertrauen in eine verlässliche Energiepolitik nicht stärken. Für den Klimaschutz wäre es derweil effizienter und kostengünstiger, die gewünschte Menge an CO₂-Zertifikaten ohne technologische Präferenzen aus dem Emissionshandelssystem direkt heraus zu kaufen. Stattdessen wird unter dem Deckmantel des Klimaschutzes gezielt Industriepolitik auf Kosten einzelner Branchen und deren Arbeitnehmern betrieben.

Internationale Nachahmer wird die deutsche Energiewende bei der anstehenden Klimakonferenz in Paris Ende 2015 so jedenfalls nicht gewinnen. Ein fairer Wettbewerb zwischen allen Technologien, ein Abbau von Subventionen und administrierten Preisen sowie eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels wären eine wesentlich bessere Strategie. Eine behutsame Energiewende, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert, würde letztlich nicht nur die Wirtschaftlichkeit stärker berücksichtigen, sondern auch die Versorgung sicherer gewährleisten und den Klimaschutz effektiver verfolgen.

DR. JÖRG KÖNIG
STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT

